



Tom Koenigs

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzender des Ausschusses für
Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227 73335
Fax: 030-227 76147
Mail: tom.koenigs@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Liebigstraße 83
35392 Gießen
Tel.: 0641-6868 1177
Fax: 0641-6868 1179
Mail: tom.koenigs@wk.bundestag.de

Reisebericht: Kosovo vom 20.07.2010 bis 22.07.2010

Die Reise hatte drei Themen

1. Schutz der Menschenrechte der Minderheiten (vor allem der Roma, Ashkali, Egyptians (RAE)) in Kosovo
2. Situation der von Deutschland zurückgekehrten RAE (freiwillig oder abgeschoben)
3. Status des Kosovo

zu 1.

Nicht nur der Berater des Ministerpräsidenten zu Fragen von Minderheiten und der Minister für Integration in seiner Regierung (beide Serben) sondern auch alle Deutschen und UN-Diplomaten und Experten, kosovarischen Beamten (Kosovo-Albaner), kosovarischen Bürger und Bürgerinnen aller Ethnizitäten (einschließlich RAE) sowie die aus Deutschland zurückgekehrten RAE klagten nicht über physische Bedrohung oder Diskriminierung durch staatliche Stellen.

Offenbar ist vor allem nach der Unabhängigkeitserklärung und der Umsetzung des Atthissari-Plans (weitgehende Kommunalautonomie für die serbischen Enklaven) durch die kosovarische Regierung der Hass abgeebbt. Zwischenfälle hätte es danach selbst in Mitrovica nur noch vereinzelt und nicht mehr systematisch gegeben.

Bei den Regierungsstellen scheint ein hoher Grad von Bewusstsein vorhanden zu sein, dass sich die Zukunft und die definitive Unabhängigkeit einschließlich die Aufnahme des neuen Staates in die UN daran entscheidet, wie der Umgang mit den Minderheiten gelingt. Auch die Frage des homogen serbischen Nordens würde und seine bisher noch strittige Verwaltung durch Priština würde sich - so heißt es - lösen lassen, wenn die dortige Bevölkerung sähe, dass es den südlichen Enklaven besser gehe, als ihnen.

Die Enklaven hätten auch eine gewisse wirtschaftliche Entwicklung genommen, selbst wenn sie längst nicht so stürmisch sei, wie im Rest des Landes, wo sie allerdings offensichtlich stark von Geld von Aussen, also internationale Hilfen und Rimessen getragen wird.



Eine Bedrohung von Leib und Leben gibt es sicher in den Städten nicht mehr. Bei einem Besuch der Siedlungen in Kosovo Polje konnte ich mich von der relativen Normalität des dortigen Lebens unter Serben und RAE überzeugen, wenn auch die wirtschaftliche Aktivität noch sehr schwach ist. Allerdings gibt es auch dort eine gewisse Bautätigkeit und Entwicklung, die die tristen Bilder der Vergangenheit, wie ich sie von 1999 - 2002 kannte, langsam überdeckt.

Die Arbeitslosigkeit unter den Bürgern und Bürgerinnen der Minderheiten ist sehr hoch und geht sicher noch über die 45% im Landesdurchschnitt hinaus. Unter den Minderheiten wiederum geht es den RAE offensichtlich am schlechtesten.

In den ländlichen Bereichen, die ich (wenn auch nur flüchtig) gesehen habe, ist dieses wirtschaftliche Gefälle noch akzentuierter, vor allem, wenn die RAE keine Häuser und kein Land besitzen, das sie zumindest in einer niederen Form der Subsistenzbewirtschaftung in Gärten und Äckern nutzen könnten. Hier herrscht extreme Armut. Von einer Integration vor allem der RAE kann kaum die Rede sein.

zu 2.

Ich habe Familien von zurückgekehrten RAE in Obilic (unter der Abgaswolke des dortigen Braunkohlewerkes gelegen) und in den beiden (ebenfalls kontaminierten oder von Kontamination bedrohten) Lagern in Nord-Mitrovica getroffen. Einige von ihnen sind in den Genuss von Leistungen des deutschen Länderprogramms "URA" (NRW, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Baden-W.) gekommen, das ein halbes Jahr lang Eingliederungsbeihilfen gewährt und zur Orientierung in der "neuen Heimat" einen Beitrag leisten soll. Eine Eingliederung war allerdings in keinem der Fälle, die ich gesehen habe, möglich geworden, weil es nicht eigentlich etwas gab, in das die Rückkehrer und ihre Familien eingliedert oder integriert werden könnten.

In Obilic hausen die Familien in rudimentären Baulichkeiten. Die Mieten werden 6 Monate vom Projekt URA bezahlt - aber nicht länger, einer Familie wurde ein Kleintraktor beschafft, der - um nicht gestohlen zu werden- auch im Wohnzimmer stand und noch nicht zu Einkommen geführt hatte. Die Häuser haben weder Fußböden noch Einrichtung noch ein dichtes Dach, von Heizung ganz zu schweigen. Es wurde auf einem Feuer in dem einzigen Raum oder vor der Tür im Freien gekocht. Die sehr kinderreichen Familien hatten noch nicht einmal die Mittel, die kleinen Kinder irgendwie zu kleiden, die größeren waren dürrtzig und schmutzig angezogen. Schuhe waren selten. Alle Kinder hatten schlechte Zähne, auch die kleinsten waren ständig von Fliegen umlagert, man klagte über Krankheiten.

Offensichtlich hat man Schwierigkeit mit dem Zugang zu Ärzten oder dem Gesundheitszentrum, denn dort verlangt man die offizielle Anmeldung in der Gemeinde. Diese ist aber nur möglich, wenn man Papiere, vor allem Geburtsurkunden und Pässe hat, die Obilic als Heimatgemeinde ausweisen. Das ist aber in der Regel nicht der Fall, sei es, dass der Serbische Pass noch in Deutschland bei irgendeiner Behörde liegt, sei es, dass der Nachweis über die Herkunft genau aus Obilic nicht gelungen ist, sei es, dass man überhaupt kein Dokument außer der deutschen Reiseberechtigung und -verpflichtung mehr hat. Dass in dieser Umgebung alle Dokumente in einem kaum lesbaren Zustand sind, kommt hinzu.

Die Leute, die teilweise in verschiedenen Ländern Europas teils legal, teils illegal gelebt haben, die meiste Zeit aber in Deutschland, und deren Kinder in Deutschland wahrscheinlich wenigstens eine Zeit lang in die Schule gegangen sind (immerhin können sie Deutsch), beklagen sich über die zerrissenen Nachbarschaften, die unterbrochenen Schulbesuche, die fehlenden Dokumente und die Orientierungs-



und Perspektivlosigkeit im Kosovo. An diesem Ort und in dieser Verfassung gibt es für sie weder eine Möglichkeit zu arbeiten, noch eine zur Integration in die örtliche Gesellschaft, Schule oder Sozialsysteme.

Zwei Forderungen sind offensichtlich:

1. Niemand sollte abgeschoben werden, der nicht für alle Familienmitglieder im Kosovo gültige Papiere hat, die ihn zur Integration in die Gesundheits- und Sozialfürsorge berechtigen.
2. Kinder sollten aus humanitären Gründen nicht in ein Land und in eine Umgebung verpflanzt werden, in der sie keinerlei Chancen auf ein menschenwürdiges Leben und eine normale Entwicklung haben.

In Nord-Mitrovica gibt es zwei Lager, die beide geschlossen werden sollen, weil die Gemeinde mit vor allem US-AID-Mitteln das angestammte aber nach dem Krieg zerstörte RAE-Viertel Roma-Marhalla neu aufbaut. Der Wiederaufbau ist schon weit fortgeschritten. Ob das allerdings zur Evakuierung der Lager führt, scheint zweifelhaft.

Das eine Lager ist auf einer kontaminierten Abraumhalde errichtet. (Auf diesen Vorgang, der umfangreich dokumentiert wurde, gehe ich hier nicht ein). Die Untersuchungen über die gesundheitlichen Wirkungen der Örtlichkeit sind unterschiedlich alarmierend, haben aber nicht dazu geführt, dass die Slum-Siedlung (vielleicht 400 Bewohner) dort in den letzten zehn Jahren kleiner geworden ist. Die Blech- und Bretterhütten stehen dicht an dicht, das Lager unterscheidet sich in nichts von den Slums der Ärmsten in Guatemala oder Caracas. Das Lager hat einen Sprecher (Chef), der umgänglich ist und gern Auskunft gibt. Offenbar sind wir nicht die einigen "Touristen". Man rechnet mit der Umsiedlung, weiß aber noch nicht, wann, wie und wer alles mitgeht. Die Kinder - so heißt es - gehen in die Schule in Nord-Mitrovica (serbisches Curriculum), später sollen sie dann in die in Süd-Mitrovica gehen (albanisches Curriculum). Dies sei für die bisherige Gemeinde kein Problem, weil man beides mehr oder weniger könne (außerdem Romanesk natürlich, die Muttersprache). Eine Familie sei aus Deutschland gekommen, wo deren Kinder hingingen konnte er nicht sagen. Auch war die Familie selbst nicht zu sprechen, die Kinder hatten bisher noch Ferien. Eine Aufnahmemöglichkeit für Neuankömmlinge gibt es nicht, das Lager sei wegen der bevorstehenden Umsiedlung für Neuankömmlinge geschlossen. Auch wenn es Hilfsleistungen (Medicor-USAID) und eine Bewohnerstruktur gibt, ist die soziale Lage nicht sichtbar besser als die in Obilic - die Bleibelastung bleibt uns gegenüber unerwähnt - Kleidung, Ernährung und Gesundheitszustand sind ebenso miserabel anzusehen.

Das benachbarte - auf einem alten Fabrikgrundstück gelegene - zweite Lager ist baulich durch zwei Häuser und zahlreiche Container in besserem Zustand. Es war ursprünglich errichtet worden, um das erste zu ersetzen. Die Anzahl der Bewohner ist eher höher. Man ist organisiert. Wir reden mit dem dortigen Chef, der auch auf eine Umsiedlung nach Roma-Marhalla rechnet. Die deutsche Familie, die wir besuchen, ist nur aufgenommen worden, weil sie mit dem Chef verwandt ist ("Schwager"). Da sie kein Haus erwarten kann, wird sie für 200€/Monat mieten, das Projekt URA zahlt sechs Monate. Was dann allerdings wird, weiß man nicht. Die beiden älteren Roma sind "freiwillig" zurückgekehrt. Allerdings im Vertrauen auf offensichtlich falschen Angaben deutscher Behörden. Sie sind beide zuckerkrank und nicht arbeitsfähig. Sie hatten eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland. Die haben sie aufgegeben, weil ihnen gesagt worden ist, sie könnten mit einem Touristenvisum jederzeit zurückkommen. Ein Touristenvisum für Deutschland scheint allerdings so gut wie ausgeschlossen. Der Sohn wohnt noch in Deutschland, befürchtet aber ausgewiesen zu werden. Eine Arbeit zu finden, ist für zwei über 50jährige übergewichtige RAE im Kosovo völlig unmöglich. Eine Behandlung von Zuckerkrankheit ist zwar im Kosovo grundsätzlich möglich, aber nicht in Mitrovica. Nach Priština zu fahren kostet Geld, das keiner hat, eine kostenfreie Gesundheitsversorgung ist für sie dort auch nicht zu



bekommen. Das Blutzuckermessgerät, das sie drei mal täglich benutzen müssen, verbraucht je ein Messblättchen, das es im Kosovo nicht gibt. Außerdem wäre es teuer. Eine Messeinrichtung, die mit im Kosovo erhältlichen Blättchen arbeitet, können sie sich auch nicht leisten. Schon aus gesundheitlichen Gründen ist ihre Lage verzweifelt. Wir können ihnen nichts anbieten. Auch das Projekt URA, deren sehr mitfühlende und engagierte deutschen und kosovarischen Mitarbeiter mich begleiten, können auch nichts versprechen.

Mehrere von den Familien, die wir getroffen haben, waren Begünstigte des URA-Projekts. Auch wenn das nur sechs Monate Leistungen verspricht, ist es eine gewisse Privilegierung, aus diesen vier Bundesländern zu kommen. Über die sechs Monate hinaus oder für Abgeschobene aus anderen Bundesländern kann über URA nicht geholfen werden.

Ich besichtige die Siedlung Roma-Marhalla, die im Bau ist. Hier werden Einzel- und Geschoßwohnungsbauten errichtet, die die ursprünglichen Eigentümer der hier zerstörten Siedlung aufnehmen sollen. Bisher sind nur wenige Familien eingezogen. Es zeigt sich, dass die Siedlung für die Lebensform der RAE nicht gebaut ist. Nur mit intensiver Betreuung und zusammen mit den RAE-Autoritäten wird sich hier ein tolerierbares Sozialleben entfalten können. Es gibt eine Gesundheitsstation. Für die übrige Infrastruktur wird es noch Jahre dauern, bis sich ein Gleichgewicht hergestellt hat. Arbeitsmöglichkeiten gibt es dort auch nicht. Ein dänisches Projekt bildet einige Jugendliche aus, die vielleicht eine Perspektive haben könnten. Die Anzahl der Häuser scheint für die Menge der Lagerinsassen kaum auszureichen.

Auch wenn in Mitrovica (Nord und Süd) nicht von Übergriffen auf RAE berichtet wird, ist die Perspektive hoffnungslos, selbst für die, die vielleicht einmal in die alte Siedlung einziehen werden. Wer dort keine Eigentumsrechte hat, wird mit einiger Sicherheit, in den von den Begünstigten verlassenen Slums landen.

zu 3.

Der Besuch endete an dem Tag, an dem der Internationale Gerichtshof sein Gutachten über die von Serbien behauptete Rechtswidrigkeit der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo verkündet hat.

Die Regierung wird auch in Zukunft alles tun, was der Durchsetzung der Unabhängigkeit im internationalen Rahmen dienen könnte, d.h. z.B. alle möglichen internationalen Abkommen unterzeichnen. Das war sicher auch der Grund, das Rückführungsabkommen mit Deutschland und Schweden und anderen Ländern zu schließen, ohne daran viele Bedingungen zu knüpfen (wie z.B. die Integrationsfähigkeit der Abgeschobenen, ihre Dokumentierung und soziale Hilfsmaßnahmen).

Auch wenn die Erklärung der Unabhängigkeit und die fortschreitende Staatlichkeit des Kosovo eine gewisse Erleichterung im Umgang zwischen den verschiedenen Ethnien bringen könnte, eine Lösung der sozialen Probleme (v.a. extreme Armut) wird erst die Integration in die EU absehbar machen.

Noch wichtiger als manche gutgemeinten humanitären Programme im Land wäre es, Kosovo von schwieriger Zuwanderung ("Rückführung") und zusätzlichen Integrationsproblemen vorerst zu verschonen und sich dem Problem der Nicht-Diskriminierung der Roma europaweit zu stellen. Deutschland hat aus seiner Geschichte heraus dafür eine besondere Verantwortung und mehr Möglichkeiten als andere Staaten.

Tom Koenigs, 03.08.2010